

Zeitung vom Donnerstag 04.01.2024
ISRAELS KRIEG IN GAZA
Das schwerste aller Verbrechen
Von Alexander Haneke



4. Januar 2024 ·

Der Internationale Gerichtshof könnte auf Antrag Südafrikas bald über die Völkermordvorwürfe in Gaza befinden.

Israels Verhältnis zum Völkerrecht ist kompliziert. Das Land unterstellt großen Teilen der Weltgemeinschaft und den meisten internationalen Institutionen, voreingenommen zugunsten der Palästinenser zu sein. Dem Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) trat Israel nie bei. Auch der Jurisdiktion des ebenfalls in Den Haag sitzenden Internationalen Gerichtshofs (IGH), des wichtigsten Rechtsprechungsorgans der Vereinten Nationen, versucht sich die Regierung nach Möglichkeit zu entziehen.

Doch nun hat es Südafrika geschafft, Israels Vorgehen in Gaza zum Gegenstand eines Verfahrens vor dem IGH zu machen. Die Regierung in Pretoria, die zu den lautesten Kritikern von Israels Krieg in Gaza gehört, hat dafür eine Hintertür genutzt. In den

meisten Fällen kann der IGH nur tätig werden, wenn sich beide Parteien seiner Rechtsprechung unterwerfen. Weil Israel aber die UN-Völkermordkonvention ratifiziert hat und diese Konvention den IGH ermächtigt, über Streitfälle zu entscheiden, musste die Regierung in Jerusalem nun die Zuständigkeit der internationalen Richter anerkennen – zumal die Völkermordkonvention für Israel besondere Bedeutung hat: Sie wurde 1948 als Reaktion auf den Holocaust ins Leben gerufen und geht in ihrer Konzeption auf den polnisch-jüdischen Juristen Raphael Lemkin zurück.

Die israelische Regierung reagierte mit heftigen Vorwürfen gegen Südafrika. Es deckte die Massaker der Hamas und die Strategie der Terroristen „politisch und rechtlich“, hieß es in einer Erklärung. Gleichwohl nimmt man das Verfahren, das schon kommende Woche beginnen könnte, sehr ernst. Medienberichten zufolge hat die Regierung bereits ein interministerielles Team zusammengestellt, das die Verteidigung vorbereiten soll.

Im Kern geht es um zwei Punkte

Ziel des südafrikanischen Antrags, der Ende Dezember in Den Haag einging, ist zum einen, eine einstweilige Anordnung zu erwirken, dass Israel die Kampfhandlungen unverzüglich einstellen muss. Zum anderen geht es um die Feststellung, dass Völkermordverbrechen stattfinden. Beides hätte aus dem Mund der höchsten UN-Richter große rechtliche wie politische Wucht, zumal die Konvention auch alle anderen Unterzeichnerstaaten bindet, Völkermord zu verhindern.

In ihrem Schriftsatz listet die südafrikanische Regierung viele bereits bekannte Vorwürfe gegen die israelische Kriegsführung in Gaza auf. Im Kern geht es um zwei Punkte: Israels „Handlungen und Unterlassungen“ – also die Kriegsführung – hätten „genozidalen Charakter“. Zudem verstoße die Regierung gegen ihre Pflichten aus der Konvention, da sie nicht wirksam gegen Aufrufe zum Völkermord vorgehe.

Schon seit Beginn des israelischen Bombardements und der zeitweise vollständigen Blockade des Gazastreifens erhoben auch UN-Vertreter immer wieder den Vorwurf des Völkermords. Bisher sind laut palästinensischen Angaben mehr als 22.000 Menschen getötet worden, darunter viele Frauen und Kinder. Menschenrechtler dokumentierten zahlreiche israelische Angriffe, bei denen viele Zivilisten getötet wurden. Doch die rechtlichen Voraussetzungen für den Genozid-Tatbestand, den wohl schwersten Vorwurf im internationalen Recht, sind eng. Laut der Konvention müsste Israel die Absicht haben, „eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“, und in dieser Absicht die Menschen in Gaza töten oder ihnen Lebensbedingungen auferlegen, die ihre „körperliche Zerstörung ganz oder teilweise“ herbeiführen.

Auch in Israel wächst der Druck auf die Justiz

Israel gibt an, dass die Auswahl der Ziele einer militärischen Logik im Kampf gegen die Hamas folge. Grundsätzlich gilt dabei, dass, selbst wenn die Armee fahrlässig ein Wohnhaus bombardiert oder hohe zivile Opferzahlen bei einem Angriff in Kauf nimmt, der Tatbestand des Völkermordes noch nicht erfüllt ist. Denn der erfordert die Absicht, die Menschen zu töten, nur weil sie zu einer bestimmten Volksgruppe gehören. Daher hat sich bisher auch IStGH-Chefermittler Karim Khan zurückhaltend geäußert. Er ermittelt im Gazakrieg trotz Israels Gegnerschaft zum Strafgerichtshof, da die Palästinenser dem Statut beigetreten sind und zu diesem Zwecke wie ein Staat behandelt werden.

Um den Völkermordvorwurf gegen den israelischen Staat zu erhärten, müsste ihm eine kollektive Agenda nachgewiesen werden, die Palästinenser in genozidaler Absicht zu töten. Südafrika führt in seiner Klage daher eine Reihe von Zitaten an. Darunter ist der

Ausspruch von Verteidigungsminister Yoav Gallant vom 9. Oktober, Israel kämpfe gegen „menschliche Tiere“ und „agiere entsprechend“. Vor allem in den ersten Tagen nach den Massakern vom 7. Oktober hatten israelische Politiker Drohungen ausgestoßen, die bis zur Forderung nach dem Abwurf einer Atombombe reichten.



Gesundheitsversorgung: Seuchen breiten sich im Gazastreifen aus.
AFP

In Israel verweist man darauf, dass die meisten martialischen Aussagen von Politikern stammten, die zwar der ultrarechten Regierungskoalition angehören, die aber nicht im Kriegskabinett sitzen, das die militärisch relevanten Entscheidungen trifft. Um den Vorwurf des Völkermords zu erfüllen, müsste ein kausaler Zusammenhang zwischen solchen Aussagen und den militärischen Aktionen in Gaza nachgewiesen werden. Doch auch in Israel wächst der Druck auf die Justiz, gegen solche Äußerungen vorzugehen. In einem offenen Brief forderten frühere Diplomaten, Juristen und Knesset-Abgeordnete am Mittwoch Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara auf, gegen Minister und Abgeordnete zu ermitteln, die zu ethnischen Säuberungen und Genozid anstachelten. Die

Völkermordkonvention verpflichtet Unterzeichnerstaaten, auch gegen Aufrufe zum Genozid vorzugehen. Einer der Initiatoren des offenen Briefes, der israelische Anwalt Michael Sfard, sagte der Zeitung „Haaretz“, Südafrikas Ersuchen an den IGH sei auch auf das Versagen der israelischen Justiz zurückzuführen, gegen derartige Ausfälle vorzugehen.



Alexander Haneke